

6. JULI 1962

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/138

Bonn, den 6. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

2a

Die Tür zu Europa bleibt offen

118

Nach dem Staatsbesuch Adenauers in Frankreich

Von G. Markscheffel, z.Zt. Paris

3 - 4

Engpässe in der Wissenschaftspolitik

66

Resignation vieler Hochschullehrer

Von Ulrich Lohmar, KSB

5

Der Irrtum des Wohnungsbauministers

33

Die Gemeinden und das geltende Enteignungsrecht

6

"Das Unbehagen ist nicht zu unterdrücken"

35

Noch immer 1 800 DM Monatspension für Lautz

Die UFO bringt es an den Tag!

31

Ein Bericht über die soziale Lage Griechenlands

Von Dr. Basil Mathiopoulos

\* \* \*

\* \*

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Die Tür zu Europa bleibt offen

Nach dem Staatsbesuch Adenauers in Frankreich

Von G. Markscheffel, z. Zt. Paris

Es gibt wohl kaum einen vernünftigen Franzosen oder Deutschen, der nach der Veröffentlichung des Kommuniqués zum Ergebnis der Pariser Besprechungen nicht froh darüber wäre, dass die Aussöhnung unserer beiden Völker nunmehr als ein fester Bestandteil der Politik in Europa angesehen werden darf. Nach so vielen Jahren der schmerzlichen Prüfungen und des Ringens um die mehr oder weniger illusorische Führungsrolle in Europa wird jetzt doch sehr deutlich, dass unsere Völker immer nur die Opfer einer falschen und schlechten Politik ihrer politischen Führungen waren.

Dass de Gaulle und Adenauer in diesen Tagen als die Schöpfer der deutsch-französischen Versöhnung in Erscheinung treten können, verdanken sie den zahllosen Unbekannten, die - in beiden Völkern - den Hohn und manchmal sogar den Hass ihrer eigenen Landsleute ernteten, als sie gegen die blindwütige Bestie eines falsch verstandenen Nationalismus aufstanden. I h r e r Opfer zu gedenken, i h r grosses Werk der jungen Generation von heute in Erinnerung zu rufen, wäre die eigentliche Krönung des Adenauer-Besuches in Paris.

\* \*  
\*

Trotzdem: Die Verdienste von de Gaulle und Adenauer um die Ab-  
rundung des Werkes anderer sollen nicht geschmälert werden. Beide,  
der französische Staatspräsident und frühere General, sowie der Bun-  
deskanzler, können an ihrem Lebensabend mit Recht hoffen, dass jene,  
die nach ihnen kommen, bereits im Bewusstsein heranwachsen werden,  
als Europäer eine g e m e i n s a m e Aufgabe zu haben.

\* \*  
\*

Betrachtet man das am Donnerstag in Paris veröffentlichte ge-  
meinsame Kommuniqué über die p o l i t i s c h e n Ergebnisse  
der mit soviel Liebe, Aufwand und Beteuerungen der gegenseitigen Hoch-  
achtung umgebenen Staatsvisite, dann fällt zunächst auf, wie wenig  
eigentlich zu den harten Tatsachen der europäischen Politik gesagt  
wird.

Wir Deutschen können mit Genugtuung das klare Bekenntnis zur  
Erhaltung der Freiheit Berlins und zur Wiedervereinigung unseres  
Vaterlandes registrieren. Wir können auch froh darüber sein, dass  
viele Überlegungen zu europäischen Kleinkonstruktionen ganz offenbar  
zu den Akten gelegt hat. Sie gehören - hoffentlich! - der Vergangenheit

an und der Bogen wird nun wieder über das Europa der sechs EWG-Staaten gespannt. Aber offen geblieben ist die Definition des Verhältnisses zu Grossbritannien und das uns notwendig erscheinende Eingehen sowohl auf die Prozedur, die zur Bildung einer politischen Union der westeuropäischen Staaten führen könnte, sowie das Eingehen auf die politischen und wirtschaftlichen Sorgen derjenigen europäischen Staaten, die heute noch nicht in der Gemeinschaft der Sechs sind.

Ist man trotz mehrerer mit grossem Geheimnis umgebenen "Gesprächen unter vier Augen" zwischen Adenauer und de Gaulle nicht bis zu diesen Kernfragen der europäischen Politik vorgedrungen?

Man will "pragmatisch" handeln und man meint damit, dass zunächst die Reaktion auf die deutsch-französischen Vereinbarungen von Paris in London, bei den Benelux-Staaten und auch in Skandinavien abgewartet werden sollen.

Das ist ohne Zweifel ein kluger Vorsatz, denn ohne die vorbehaltlose Zustimmung zu den Planungen Adenauers und de Gaulles würde alles doch nur eine Achse Paris-Bonn bleiben.

\* \* \*

Es war in Paris viel von der "klassischen Diplomatie" die Rede, die bei der Vorbereitung der nächsten Schritte jetzt wieder zu ihrem Recht kommen soll. Wir wollen hoffen, dass die "klassische Diplomatie" nicht wieder so viele Irrwege geht, wie in jenen Zeiten, da man sich bei Empfängern hinter vorgehaltener Hand die merkwürdigsten Kombinationen zu dieser oder jener Botschafter-Denarache zuflüsterte.

Die Konstruktion der politischen Union Europas ist nicht nur ein Puzzlespiel für den Berufsdiplomaten. Wenn jene Sätze des Pariser Communiqués einen Sinn haben sollen, in denen ein Appell an "jeden Deutschen und jeden Franzosen" zur Mitarbeit gerichtet wird, dann sollten Adenauer und de Gaulle auch die Meinung derjenigen politischen Kräfte in ihren Ländern berücksichtigen, die sich gerade in letzter Zeit sehr nachdrücklich gegen die etwas bizarren Europa-Pläne der beiden alten Herren mit Erfolg zur Wehr gesetzt haben. In der Bundesrepublik und in Frankreich waren das die Mehrheiten der Parlamente! Sie haben einen Anspruch darauf, gehört zu werden, denn sie müssen ja die Verantwortung tragen, wenn Adenauer und de Gaulle eines Tages nicht mehr Europapolitik machen können.

\* \* \*

Im Dunkel geblieben ist in Paris alles, was über die militärische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik gesprochen wurde. Sicher liegt das zum Teil in der Natur der militärischen Probleme begründet. In den Staaten des Ostblocks wird ja auch nicht alles auf den offenen Markt getragen, was militärisch notwendig erscheint.

Man sollte jedoch bei der Behandlung gerade militärischer Fragen sehr aufmerksam sein. Bei allem Respekt für die schwierige Aufgabe eines Bundespressechefs, der selbstverständlich nicht sagen kann, wie weit möglicherweise die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem militärischen Gebiet gediehen ist, müsste jedoch alles vermieden werden, was Zweifel an dem Wahrheitsgehalt eines offiziellen Kommuniqués aufkommen lassen könnte.

Man hat zunächst verkündet, das dritte Gespräch unter vier Augen zwischen de Gaulle und Adenauer sei ausschliesslich militärischen Fragen gewidmet. Dann wurde erklärt, man habe "nur über Logistik gesprochen, da es selbstverständlich sei, dass die geographische Lage Deutschlands und Frankreichs ein Zusammenrücken beider Länder auch auf militärischem Gebiet erforderlich" mache. Als dann im offiziellen Kommuniqué kein Wort über die militärpolitischen Fragen zu finden war, von französischer Seite jedoch die Version verbreitet wurde, man sei "ziemlich weit gekommen", m u s s t e Argwohn entstehen.

Es wird daher notwendig sein, dass die Bundesregierung so bald wie möglich durch eine gute Unterrichtung aller Parteien des Bundestages Klarheit auch in diesen Fragen schafft. Ebenfalls sollten die Partner der Atlantischen Gemeinschaft korrekt darüber unterrichtet werden, ob die in den politischen Fragen angekündigte Überwindung klein kariertter Europapläne nicht auf militärischem Gebiet durch die Hintertür wieder durchkreuzt werden sollen.

\* \* \*

Die nächsten Wochen dürften zeigen, welche Auswirkungen der Frankreich-Besuch des Bundeskanzlers in der Praxis der Europa-Politik haben wird. Die Mehrheit des Bundestages und der französischen Nationalversammlung kann sich beglückwünschen, dass - nach dem Wortlaut des Kommuniqués von Paris zu urteilen - das Zwischenspiel einer im Rahmen einsamer Entschlüsse konzipierten Europapolitik zu den Akten gelegt wurde. Die Erklärungen des Monnet-Kommuniqués sowie der sozialdemokratischen Parteien Frankreichs und Deutschlands sind ein grosser Beitrag zu diesem Erfolg gewesen.

Dass Adenauer und de Gaulle, vor der ganzen Welt sichtbar, die deutsch-französische Verständigung besiegeln konnten und hierbei mit Hilfe aller Europäer die Schatten wegwischten, die zum Teil durch eigenes Verhalten über der Europa-Politik lasteten, ist ein Grund zur Genugtuung und Freude.

Wir wünschen und hoffen, dass von jetzt an die Tür zu einem wirklich geeinten Europa weit offen bleibt. Die Sozialdemokraten in Europa werden sich von niemandem in dem Bemühen übertreffen lassen, die Schwelle zu dieser Tür so einladend wie nur möglich zu halten.

+ + +

## Engpass in der Wissenschaftspolitik

Von Ulrich Lohmar, MdB

Gegen den Widerstand der Sozialdemokratie hat die Mehrheit des Bundestages im Haushalt dieses Jahres die Mittel für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen und für die freie wissenschaftliche Forschung empfindlich gekürzt. Schon jetzt zeigen sich die Auswirkungen dieser kurzsichtigen Entscheidung in einer Resignation vieler Hochschullehrer und in der Einschränkung wissenschaftlicher Forschungsprojekte, die für viele Gebiete unseres gesellschaftlichen Lebens und für unsere Geltung im Ausland von Gewicht sind.

Dabei gründeten sich die Vorschläge der SPD auf die bisherigen Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Diese Arbeitsgrundlage für den Ausbau unserer Hochschulen ging von einer Zahl von rund 200 000 Studenten aus. Schon heute jedoch sind diese Zahlen überholt, und in den nächsten Jahren ist mit einem erheblichen Anwachsen der Studentenzahlen zu rechnen. Vorsichtige Schätzungen sprechen von 300 000 Studenten. Es kommt hinzu, dass die Baupreise gestiegen sind, was auf das Bauprogramm der Hochschulen natürlich nicht ohne Einfluss geblieben ist. Vorliegende Berechnungen gehen davon aus, dass wir für die nächsten zehn Jahre im Durchschnitt das Dreifache der Mittel für die Förderung der Wissenschaft ausgeben müssen wie bisher, wenn die Studenten nicht von den Hochschulen abgewiesen werden sollen. "Wegen Überfüllung geschlossen" so wird es bald an vielen Universitäten heißen, wenn wir der Wissenschaftsförderung nicht rasch den Rang in der allgemeinen Staatspolitik einräumen, der ihr zukommt.

### Freundliche Worte, unverbindliche Zusagen

Der Bundesminister des Innern hat in seinem ersten Amtsjahr die Wissenschaftspolitik zu einem Stilproblem gemacht. Er fand überall freundliche Worte und stellte hier und da unverbindliche Zusagen in Aussicht. Aber die Sachprobleme, um die es geht, schob er wie sein Vorgänger vor sich her. Bis heute hat die Kulturabteilung des Innenministeriums noch keinen Leiter, von dem man wüsste, dass er dort bleibt. Der Dualismus zwischen Atomministerium und dem Innenministerium droht den Zusammenhang

von Natur- und Geisteswissenschaften in der Förderung zu sprengen. Das vom Innenministerium angekündigte Forschungsgesetz ist seit Monaten angeblich in Arbeit, ohne dass bisher ein Entwurf veröffentlicht wurde. Der Minister lässt gelegentlich durchblicken, dass er dieses Gesetz nur deshalb angekündigt habe, um bei den Verhandlungen mit den Ländern über ein Verwaltungsabkommen einen Druck auf die Länder ausüben zu können. Dieses Abkommen wiederum ist auch noch nicht in greifbare Nähe gerückt. Mit einem Wort gesagt: in der Wissenschaftspolitik wird "gepackelt", aber nicht gestaltet.

#### Ein Ministerium für Wissenschaftsförderung?

Die SPD wird an ihrer Forderung nach einem Forschungs-Förderungs-Gesetz festhalten. Dieses Gesetz muss die Bundesregierung verpflichten, in jedem Jahr dem Parlament einen umfassenden Bericht über Stand und Probleme der Wissenschaftspolitik zu erstatten. Die Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, die Stellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und des Wissenschaftsrates müssen verankert werden und das Abkommen wird dann materiell auszufüllen sein durch weiterführende Abkommen zwischen den Ländern und dem Bund. Die SPD wird auch die Anregung prüfen, die der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Professor Hess, jetzt zur Diskussion gestellt hat. Er schlägt vor, ein Ministerium für die Wissenschaftsförderung zu schaffen. Es ist eine Frage der Zweckmäßigkeit, ob man das Atomministerium in dieser Weise ausgestaltet oder ein neues Ministerium aufbaut. Jedenfalls bedarf die Wissenschaftsförderung innerhalb der Bundesregierung einer Koordinierung und einer nachrücklichen Vertretung im Kabinett. Wenn man davon ausgeht, dass es allmählich an der Zeit ist, auch eine europäische Kulturpolitik in ihren Grundzügen zu entwickeln, dann lässt sich das ohne eine Vertretungsbefugnis der Bundesregierung in der Wissenschaftspolitik (und in der auswärtigen Kulturpolitik) überhaupt nicht ernsthaft ins Auge fassen.

Unmittelbar nach der Sommerpause des Bundestages wird die Bundestagsfraktion der SPD die Bundesregierung und ihre parlamentarische Mehrheit vor die Frage stellen, welche Wissenschaftspolitik sie zu betreiben gedenkt. Die gegenwärtige Opposition wird der Regierung dabei mit durchdachten und auf lange Sicht angelegten Vorschlägen behilflich sein können, falls die Regierung dem Parlament wie bisher eine Fehlanzeige erstatten sollte.

### Der Irrtum des Wohnungsbauministers

-cht. Anlässlich der Tagung des Deutschen Städtetages in Düsseldorf soll Wohnungsbauminister Lücke nach Presseberichten sehr dringend empfohlen haben, bei den Sanierungsmaßnahmen die Grundstücksspekulanten dadurch auszuschliessen, dass mit der Enteignung vorgegangen wird. Es wäre sehr schön, wenn das möglich wäre.

Das Bundesbaugesetz hat nur mit sehr grosser Mühe und auf Antrag der Opposition die Möglichkeit eingeräumt, auf Grund besonderen Beschlusses und eigener Satzung für bestimmte Sanierungsgebiete ein Vorkaufrecht zu erhalten. Das ist aber keine Enteignung. Im allgemeinen Enteignungsrecht ist überhaupt keine zugkräftige Sonderbestimmung für eine Enteignung enthalten. Hier gelten nur die sehr, sehr zahmen und praktisch kaum mit Erfolg anwendbaren Enteignungsbestimmungen. Damit wird aber gerade eine Situation erzeugt, die praktisch jede Gemeinde davon abhalten wird, so wie die Rechtslage jetzt ist, in die Enteignung zu gehen. Wenn sie es doch tut, wird sie es in kurzer Zeit bereuen. Alle Sachverständigen wissen zur Genüge, dass dieses geltende Enteignungsrecht eine sehr scharfzahnige Waffe ist. Der Herr Minister sollte auf Grund des geltenden Rechtes den Gemeinden so etwas nicht empfehlen. Das wirkt unreal und weckt doch nur da und dort falsche Hoffnungen.

Der Bundeswohnungsbauminister sollte aus dieser Erfahrung einen Schluss ziehen und den Gemeinden die feste Zusicherung geben, dass in dem kommenden "Sanierungsgesetz" ein wesentlich verschärftes und hartes Enteignungsrecht, nicht nur das schwache des Bundesbaugesetzes enthalten sein würde, und dass dies nicht erst nach ein oder zwei Jahren, sondern alsbald kommt. Das wäre eine gute und sicherlich sogar heute schon wirksame Zusage, obwohl das Sanierungsgesetz trotz vieler Versprechungen immer noch nicht da ist. Rechtzeitig handeln auf diesem Gebiet ist wichtig. Die Gemeinden können die Neuordnung der Sanierungsgebiete später überhaupt nicht durchführen, wenn sie den Grundeigentümern in Form einer Entschädigung erst riesige hochgetriebene Verkehrswerte ersetzen müssen. Hier zeigt sich deutlich, dass auch Grundeigentum sozial verpflichtet, und zwar in der Tat, nicht nur in schönen Reden.

"Das Unbehagen ist nicht zu unterdrücken"

sp - Die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts in Schleswig hat sich kürzlich für Hitlers obersten Ankläger bei den Volksgerichtshöfen, den Oberreichsanwalt a.D. Ernst Lautz, und gegen das Schleswig-Holsteinische Innenministerium entschieden. Die Kammer untersagte dem Land, Lautz jegliche Ruhestandsbezüge als 13ler zu streichen, bevor nicht das Disziplinarverfahren des Bundesinnenministeriums bis zum Bundesdisziplinarhof durchgezogen worden ist.

Das bedeutet, Lautz, der nun schon zehn Jahre verbissen vor Verwaltungs-, Straf- und Disziplinarinstanzen um seine Pension kämpft, wird weiterhin Bezüge in Höhe von rund 1 800 DM monatlich aus der Staatskasse erhalten. Bisher bekam der Mann, der die Widerstandskämpfer vor Freisslers Volksgerichtshöfen an den Fleischerhaken lieferte, schon über 160 000 DM an Pensionen von unserem freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat.

Das Zwischenurteil der Schleswiger Kammer unter Verwaltungsgerrichtsdirektor Hesse hat wiederum eine Welle der Empörung hervorgerufen und es ist nur selbstverständlich, dass das Ministerium in Kiel sofort in die Revision ging und sich weiter durch den fähigen Anwalt Dr. Redeker vom Bonner Büro des Professor Dahe vertreten lässt. Die gleiche Kammer hatte nämlich schon Lautz in einem Zwischenbescheid 600 DM monatlich zuerkannt. Sie verurteilte das Land Schleswig-Holstein ferner, dem ehemaligen Staatssekretär und unter Hitler als Reichsjustizminister amtierenden Professor Franz Schlegelberger monatlich Ruhestandsbezüge in Höhe von fast 3 000 DM zu zahlen.

Kein Wunder, dass die "Frankfurter Allgemeine" das Urteil der Schleswiger Richter mit den Worten kommentiert: "Doch das Unbehagen über ihren Spruch ist nicht zu unterdrücken". Und die "Lübecker Nachrichten" meint: "Im Falle Schleswig aber erscheint es an der Zeit, eine Entflechtung der hier konzentrierten Obergerichte und Versetzungen in richterliche Positionen zu erwägen, die ein verhängnisvolles Spiel mit formalrechtlich genormten Begriffen zu Lasten des demokratischen Bewusstseins und des Ansehens der deutschen Rechtsprechung ausschliessen".

Um die makabre Situation im Schleswiger Gerichtssaal voll zu begreifen, muss man noch Leutz selbst zitieren, der dort frank und frei meinte, er habe unter Hitler in einer schwierigen Zeit gelebt, die "zu bestehen Mut erforderte".

## Die UNO bringt es an den Tag!

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Vor einigen Tagen veröffentlichten die Vereinten Nationen das Exposé eines ihrer Sonderausschüsse, der im November des Jahres 1959 in Form einer sechs Mann starken Gruppe Griechenland bereist hatte. Seine Ausführungen werfen kein günstiges Licht auf die Verhältnisse in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, der Großstädte und besonders Athens. Klar und ausdrücklich werden hier alle bisherigen Behauptungen der Regierung Karamanlis widerlegt; nüchtern sprechen die Zahlen.

Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen der Gebirgsbewohner beträgt umgerechnet kaum 80 US-Dollar, das der Bevölkerung auf dem flachen Lande nicht mehr als 150. - Der Fünfjahresplan der Regierung trägt viel zur Verödung der Provinzen bei. - In der Hauptstadt sind nicht mehr als 67 Prozent der Wohnungen an die allgemeine Wasserversorgung und nur 29 Prozent an die Kanalisation angeschlossen. Weiter müssen die Sachverständigen feststellen, daß sich Athen im Laufe der letzten Jahre "ohne Programm oder irgendwelche Kontrolle" ausgedehnt hat, und daß 39,9 Prozent (!) neuer Gebäude ohne die einfachsten hygienischen Anlagen errichtet worden sind.

Auf dem Erziehungssektor konnte der hohe Prozentsatz von Analphabeten nicht verborgen bleiben, weil "2/3 der Volksschulen über nicht mehr als 2 - 3 Lehrer für den Unterricht in sämtlichen Klassen verfügen." - Das Gutachtergremium vermißt in der Verwaltung ein Streben nach Zentralisation, 40 Prozent aller Staatsbeamten haben ihren Arbeitsplatz in Athen, sowie Programme, Planungen oder Koordinierungsbemühungen irgendwelcher Art; es ist verwundert, daß die sozialen Angelegenheiten von sieben Ministerien und noch einigen anderen öffentlichen Organisationen und Instituten bearbeitet werden und hat für die innerhalb der Regierung auftretende Vermischung der Kompetenzen kein Verständnis, die folgenden Fall zu einer alltäglichen Erscheinung werden läßt, daß nämlich ein Rechtsuchender, wenn er Glück hat, erst nach dem bewußten Weg von Pontius zu Pilatus an sein Ziel gelangt.